

30. Juli 2001

### **„Geschlechterdemokratie“ hinkt hinter normativer Kraft einher Gleichbehandlungsbericht 1997 – 2000 liegt vor**

Das allgemein gesellschaftliche Problem der Gleichbehandlung wurde im NÖ Landesdienst vor vier Jahren in Angriff genommen: Am 7. Oktober 1997 bestellte die Landesregierung mit Christine Rosenbach für sechs Jahre eine NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte. Nunmehr liegt ihr erster Bericht für die ersten vier Jahre (1997 bis 2000) vor.

Wenn man den schwierigen Prozess der Gleichbehandlung der Geschlechter, von Paul M. Zulehner als „Kampf um eine Neuverteilung der Lebenschancen“ zwischen Mann und Frau im Rahmen einer Art „Geschlechterdemokratie“ ansieht, so wurde bei der Bewältigung dieses Problems schon ein erster wichtiger Wegabschnitt zurückgelegt: Die normativen Regelungen wurden getroffen. Denn der Bestellung der NÖ Gleichbehandlungsbeauftragten folgte 1998 die Konstituierung der NÖ Gleichbehandlungskommission. Sie erhielt im Mai 1999 ihre Geschäftsordnung und konnte voll ans Werk gehen. In den ersten vier Jahren fanden 31 Sitzungen statt, sie erstellte vier Gutachten in Einzel-Beschwerdeverfahren, gab eine Empfehlung ab, formulierte zehn Stellungnahmen zu Fragen der Gleichbehandlung, machte Vorschläge für fünf Frauenförderprogramme, die allesamt in die Tat umgesetzt wurden. Die Dienstnehmervertretungen bestellten im Landes- und Gemeindedienst 270 Koordinatorinnen für Gleichbehandlung und Frauenförderung. Sie wurden in 16 Seminaren aus- und weitergebildet. Beispiel für die „griffige“ Arbeit der Kommission: Nach einer Beschwerde über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wurde eine „Diskriminierung“ konstatiert, der Schuldige wurde versetzt.

Die Gleichbehandlungsbeauftragte Christine Rosenbach zum weiteren Prozess: „Die vor uns liegende Wegstrecke, die faktische Gleichstellung von Mann und Frau, wird um einiges schwieriger werden. Die Konkurrenz zwischen den Geschlechtern wird sich noch verstärken. Männer müssen in Zukunft zur Kenntnis nehmen, dass sie nicht nur einem Mann, sondern möglicherweise auch einer Frau nachgereicht werden können. Männer und Frauen werden mehr als bisher weibliche Vorgesetzte bekommen.“ Nunmehr geht es um die Umsetzung der Förderprogramme, „man wird sehen, wie ehrlich die Bekenntnisse zur Chancengleichheit gemeint waren“, so Rosenbach.

Der Tätigkeitsbericht ist in vollem Wortlaut bei der zuständigen Stelle in 3109 St.Pölten, Rennbahnstraße 29, Telefon 02742/9005-16212, erhältlich.

## **NK** Presseinformation

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: [presse@noel.gv.at](mailto:presse@noel.gv.at)